

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Tarifvertragsparteien in der Sackgasse

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1993) : Tarifvertragsparteien in der Sackgasse, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 3, pp. 110-111

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136978>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tarifvertragsparteien in der Sackgasse



Hans-Hagen Härtel

Mit der konjunkturellen Abkühlung haben sich in den alten Bundesländern die Konflikte zwischen den Tarifvertragsparteien nahezu schlagartig entschärft. Der Anstieg der Tarifverdienste wurde deutlich verlangsamt, und die Gewerkschaften versuchen ihre Mitglieder auch auf längere Sicht auf einen engen Verteilungsspielraum einzustimmen. Demgegenüber sind in der ostdeutschen Metallindustrie die Konflikte eskaliert, obwohl dort die meisten Unternehmen inzwischen ums Überleben kämpfen. Noch vor zwei Jahren brachten die Tarifvertragsparteien nahezu geräuschlos einen Pilotabschluß über die Bühne, der eine Angleichung der Tarifverdienste an das westdeutsche Niveau in mehreren Stufen bis zum 1. April 1994 vorsieht. Nach diesem Tarifvertrag wären die tariflichen Grundvergütungen zum 1. April dieses Jahres um 26% auf 80% des gegenwärtigen westdeutschen Niveaus anzuheben.

Die Arbeitgeber fordern nun eine Revision dieses Tarifvertrages und bieten eine Erhöhung um 9% auf 70% des westdeutschen Niveaus an. Vermutlich streben sie mit der Revision auch eine Streckung der Angleichung über das Jahr 1994 hinaus an. Nach der Ablehnung des Revisionsbegehrens und dem Scheitern der Schlichtungsverhandlungen haben die Arbeitgeber den Vertrag gekündigt. Da der Tarifvertrag sie zu einer Kündigung nicht berechtigt, beriefen sie sich auf das außerordentliche Notstandsrecht, daß niemand zur Einhaltung eines Vertrages gezwungen werden könne, der ihn in den Ruin treiben würde.

Die IG-Metall besteht auf dem Tarifvertrag unter anderem mit dem Argument, daß auch bei Einhaltung die tariflichen Jahresverdienste einschließlich der Zulagen, vermögenswirksamen Leistungen und Sonderzahlungen, die in Ostdeutschland wesentlich niedriger sind, nur 70% des Westniveaus ausmachen würden. Berücksichtigt man, daß die westdeutschen Metaller durchschnittlich mindestens 10% über Tarif verdienen und 12% kürzer arbeiten, dann würden die effektiven Stundenverdienste sogar nur 56,5% betragen. Überdies spielt die Metallindustrie bei der Einkommensangleichung keineswegs mehr die Vorreiterrolle, sondern hängt hinter der Bauwirtschaft, dem Handel und selbst dem öffentlichen Dienst zurück.

Wie oft in solchen Tarifkonflikten erhalten die Gewerkschaften die beste Schützenhilfe von abtrünnigen Arbeitgebern. So distanzierte sich der Chef der ostdeutschen DWA, Europas größter Hersteller von Schienenfahrzeugen, ausdrücklich von dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall und erklärte sich bereit und in der Lage, den geltenden Tarifvertrag zu erfüllen. Wie schlecht es um den Zusammenhalt im Arbeitgeberlager bestellt ist, zeigt der Vorwurf, Gesamtmetall steuere aus dem Westen mit seinem Konfrontationskurs die ostdeutschen Unternehmen in einen Streik, während gleichzeitig ostdeutsche Unternehmen scharenweise dem Verband den Rücken kehren, weil dieser einen für sie ruinösen Tarifvertrag abgeschlossen habe.

Darin wird deutlich, wie sehr sich die Auftrags- und Ertragslage auch in der ostdeutschen Metallindustrie von Unternehmen zu Unternehmen unterscheidet. Über die Situation eines

durchschnittlichen Betriebes zeichnet die amtliche Statistik indessen ein eindeutiges Bild: Ein ostdeutscher Betrieb des Investitionsgütergewerbes erwirtschaftete im Jahre 1992 je Beschäftigten ein Drittel des Umsatzes und zahlte 45% der Lohnkosten eines westdeutschen Betriebes. Man darf überdies nicht verschweigen, daß die Deutsche Waggonbau AG in einer komfortablen Lage ist, weil sie unter den Fittichen der Treuhandanstalt steht und umfangreiche Aufträge aus Rußland erhalten hat, für die die Bundesregierung mit Hermes-Bürgschaften geradesteht.

Die IG-Metall gibt denn auch unumwunden zu, daß ein großer Teil der Unternehmen die geforderten Lohnsteigerungen nicht aus eigener Kraft bezahlen kann. Der von ihr nominierte Schlichter im sächsischen Tarifbezirk wies den Tarifvertragsparteien den Ausweg: Man halte am Tarifvertrag fest und präsentiere die Rechnung der Bundesregierung. Würden die Tarifvertragsparteien tatsächlich die Verantwortung an den Staat abgeben, so wäre dies gleichbedeutend mit ihrer Abdankung. Bedenkt man, wie verantwortungsbewußt die gleichen Tarifvertragsparteien in den alten Bundesländern miteinander umgehen, so offenbart sich in der Konfrontation in den neuen Bundesländern indessen weniger Verantwortungslosigkeit als Hilflosigkeit.

Man muß den Tarifvertragsparteien zugestehen, daß sie nach der deutschen Vereinigung erheblichen Zwängen ausgesetzt sind. Es ist ja keineswegs so, daß die ostdeutsche Bevölkerung – geblendet von dem Glanz der D-Mark, von den Lockungen des westlichen Warenangebots und von den Versprechungen des Kanzlers – für den Beitritt optiert hat und nun erlebt, daß die Westdeutschen sie wie Kolonisatoren um die Früchte ihrer Arbeit bringen. Diese polemische Beschreibung geht schon insofern an der Sache vorbei, als die historischen Kolonisatoren insgesamt weniger die Einwohner in den Kolonien als die Steuerzahler in ihrem Mutterland ausgebeutet haben. Ökonomisch gesehen stand die Bevölkerung der DDR vor der Wahl, den Übergang zur Marktwirtschaft aus eigener Kraft zu schaffen oder der Bundesrepublik beizutreten und damit das Versprechen des deutschen Grundgesetzes in Anspruch zu nehmen, das die Gleichheit der Lebensverhältnisse innerhalb des Staatsgebietes fordert. Im ersten Fall hätte man – wie in den anderen Reformstaaten – nur das selbst erwirtschaftete Sozialprodukt verwenden und die Einkommen nur im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts erhöhen können, im zweiten Fall konnte man auch auf Transfers aus dem reicheren Teil Deutschlands zurückgreifen.

Es war allen klar, daß Ostdeutschland nicht nur vom Finanzausgleich und von den Umverteilungswirkungen des Sozialversicherungssystems profitieren würde, sondern daß auch die Entwicklung der Einkommen dem Produktivitätsfortschritt voraneilen würde. Dies ergab sich schon daraus, daß am raschesten nicht die Arbeitsverdienste, sondern die Sozialhilfesätze angeglichen wurden; inzwischen haben die Regelsätze in den neuen Bundesländern 95% des westdeutschen Niveaus erreicht. Die durch beträchtliche Finanztransfers gestützte Nachfrage in Ostdeutschland ermöglichte überdies Lohnerhöhungsspielräume in solchen Branchen, die für den lokalen Bedarf produzieren und deshalb nicht mit westlichem Angebot konkurrieren. In Rückstand gerieten dagegen die Branchen, die sich im Inland und im Ausland der überlegenen westlichen Konkurrenz stellen müssen.

Die Bundesregierung – und mit ihr auch viele Unternehmer und Arbeitnehmervertreter – hatte erwartet, daß die Schere zwischen Einkommens- und Produktivitätsentwicklung durch die massive Förderung der öffentlichen und privaten Investitionen rasch geschlossen werden könnte. Diese Erwartung hat sich bekanntlich als zu optimistisch erwiesen. Dafür kann man nun aber nicht die Bundesregierung haftbar machen. Diese würde die Rechnung dem Steuerzahler weiterreichen, der sich ohnehin schon auf eine weitaus höhere und längere Belastung einstellen muß, als ursprünglich absehbar war. Die Tarifvertragsparteien müssen sich nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatzsicherung, sondern auch unter Gerechtigkeitsaspekten fragen, ob von der Revision der ursprünglichen Erwartungen an die Vereinigung allein die ostdeutschen Arbeitnehmer ausgenommen werden sollten. Man käme leichter aus der Sackgasse heraus, wenn man nicht nur auf die Lohnunterschiede zwischen Ost und West, sondern auch auf die im Westen hinwies. Wie denkt ein Arbeitnehmer in der westdeutschen Bekleidungsindustrie darüber, so wäre zu fragen, daß er mit seinen Steuern Arbeitsplätze in der ostdeutschen Metallindustrie subventionieren soll, auf denen höhere Löhne gezahlt werden, als er selbst verdient?